

Wahlprüfstein DIE LINKE

Seniorenvertretung Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin  
Ernst-Bloch-Str. 34  
12619 Berlin

Senioren- und Sozialpolitik

## **1. Was wollen Sie für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen tun?**

- **Mit welchen Mitteln beabsichtigen Sie die Arbeitslosigkeit und Ihre Ursachen wirksamer zu bekämpfen, um nicht mehr länger Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitsplätze in Berlin zu finanzieren?**
- **Wie wollen Sie gewährleisten, dass durch mehr versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit die Beitragseinnahmen für Gesundheit, Rente und Pflege wieder anwachsen und nicht durch Arbeitslosigkeit, Minijobs, Schwarzarbeit, eine wirkungslose Rente mit 67 und Frühverrentung weitere Löcher in die Sozialkassen gerissen werden?**
- **Mit welchen Maßnahmen sollen ältere Arbeitslose gegen die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit besser geschützt werden?**
- **Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Möglichkeiten eines längeren Verbleibs älterer Menschen im Arbeitsleben zu fördern?**
- **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Beschäftigte die Möglichkeit haben, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten und damit zusätzliche Rentenansprüche zu erwerben? Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung beruflicher Altersgrenzen einsetzen?**

Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erfordert vor allem eine Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Belastungen in der Arbeit während des gesamten Erwerbslebens verringert werden und die Gesundheitsvorsorge verbessert wird. Das Ziel ist eine altersgerechte Gestaltung der Arbeit, indem beispielsweise durch Arbeitsplatzrotation ein Belastungswechsel herbeigeführt wird. Darüber hinaus muss der Kündigungsschutz für Ältere verbessert und die betriebliche Weiterbildung gestärkt werden. Ältere Arbeitslose dürfen nicht zwangsweise in Rente geschickt werden! Stattdessen fordert DIE LINKE für Menschen mit Behinderungen und über 55jährige mindestens zwei Jahre Arbeitslosengeld I. Über 60jährige sollen mindestens 30 Monate Arbeitslosengeld I beziehen können. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Erwerbslose unabhängig davon für jedes Jahr Erwerbsarbeit einen Anspruch auf einen Monat Arbeitslosengeld I erhalten. Dies würde vor allem älteren Erwerbslosen nach einem langen Berufsleben zu Gute kommen.

Grundsätzlich sollen Beschäftigte freiwillig über das gesetzliche Rentenalter hinaus arbeiten dürfen. Aber bei einer Rente ab 67, fehlende Arbeitsperspektiven für ältere Beschäftigte und dem Druck durch die Absenkung des Rentenniveaus, halten wir eine generelle Flexibilisierung des Rentenalters für falsch. Nötig sind vielmehr Möglichkeiten des flexiblen Übergangs vor Vollendung des 65. Lebensjahres.

Wir brauchen jetzt dringender denn je einen Schutzschirm für Menschen. Wir wollen, dass in der Krise der öffentliche Beschäftigungssektor massiv ausgebaut wird. Diese neuen Jobs müssen Existenz sichernd sein! Ein-Euro-Jobs lehnt DIE LINKE ab.

Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,71 Euro in der Stunde (wie z. B. zurzeit in Frankreich), der in schnellen Schritten auf 10 Euro ansteigen soll, und eine Lohnentwicklung, die die Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt. Ein gesetzlicher Mindestlohn stärkt auch die Binnennachfrage und ist ein Baustein einer nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik, mit der wir mehr „gute Arbeit“ schaffen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. Menschen sollen für ihre Arbeit ein ordentliches Einkommen erhalten, denn: Arbeit darf nicht arm machen, von Arbeit muss man leben können. Das ist unser Ziel. Nur ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen, unter der nichts mehr erlaubt ist. Nur ein ausreichend hoher Mindestlohn kann Hungerlöhne, die nicht zum Leben reichen, verhindern. Wenn die Löhne wieder auf einem sicheren Fundament stehen, gehen auch die Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen infolge Lohndumping und prekärer Arbeit zurück und die Staatskassen werden von aufstockenden Sozialleistungen entlastet.

Zu diesen Themenfeldern hat DIE LINKE in dieser Legislaturperiode eine Vielzahl von Anträgen gestellt, Veranstaltungen durchgeführt und Informationsmaterialien erarbeitet. Das werden wir nach dem 27. September 2009 im Bundestag fortsetzen und auf der Straße und in der Öffentlichkeit darstellen.

## **2. Wie wollen Sie den weiter gewachsenen Gegensatz von Arm und Reich abbauen?**

**- Wie soll die Finanz- und Steuerpolitik zu einer gerechteren Verteilung gesellschaftlichen Reichtums beitragen und das gestiegene Armutsrisiko, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bzw. Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, Langzeitarbeitslosen, verringert werden?**

**- Sind Sie bereit, große Vermögen und Erbschaften real höher zu besteuern und weitere massive Steuersubventionen für Großunternehmen (neue Gewerbe- und Körperschaftssteuer) zu reduzieren, um dadurch freiwerdende Mittel für eine umfassende Prävention und den Kampf gegen Armut einzusetzen?**

**- Wie wollen Sie verhindern, dass die Kaufkraft von Erwerbseinkommen und Renten immer weiter sinkt, wie es durch Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform, Privatisierung der städtischen Daseinsvorsorgeeinrichtungen u. a. Maßnahmen erfolgt?**

Wer die aktuelle Krise und Armut bekämpfen will, muss mit Sofortmaßnahmen beginnen und einen Schutzschirm für die Menschen spannen. DIE LINKE fordert, ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen:

- mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr die Krise bekämpfen;
- einen Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft einrichten und mit 100 Milliarden Euro für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze. Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte ausstatten;
- eine Million dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen sowie 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten, gemeinnützigen Beschäftigungssektor;

Wir wollen die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen. Eine Börsenumsatzsteuer muss eingeführt werden. Die Vermögenssteuer muss als Millionärssteuer wieder erhoben werden.

Damit der Staat von den Krisenlasten nicht erdrückt wird, handlungsfähig bleibt und ehrgeizige Investitionsprogramme finanziert werden können, wollen wir auf alle Privatvermögen von mehr als einer Million Euro eine jährliche Millionärssteuer von fünf Prozent erheben. Von 2009 an wollen wir ein jährliches öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro, die für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende verwendet werden.

Arbeit muss vor Armut schützen. Gute Arbeit heißt für DIE LINKE:

- Einfallstore für Niedriglöhne schließen,
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro einführen;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen im Verhältnis zu Männern, für Beschäftigte im Osten im Verhältnis zu Beschäftigten im Westen;
- Leiharbeit abschaffen;
- keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen;
- Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde;
- Schutz der beruflichen Qualifikation bei Arbeitslosigkeit;

Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV müssen armutsfest und repressionsfrei sein, damit Menschen, die darauf angewiesen sind, in Würde leben können und kein Druck auf Löhne und Beschäftigte ausgeübt wird. In einem ersten Schritt muss daher der Regelsatz auf 500 Euro erhöht werden (siehe oben). Perspektivisch soll eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie soziale Mindestsicherung eingeführt werden, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Erwerbslose dürfen nicht drangsalieren werden. Wir wollen Armut bekämpfen und nicht die Armen.

Es bedarf verstärkter Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, kostenlose Schulmittagessen und Freizeitangebote. Kinder aus armen Familien brauchen bessere Startchancen und Alleinerziehende die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Arbeitsmarktpolitik muss sich daran orientieren, Menschen Chancen auf eine gute Arbeit zu eröffnen. Dazu muss in Aus- und Weiterbildung investiert werden. DIE LINKE kämpft für Chancengleichheit. Darum streiten wir für kostenlose Bildung in Kindergärten, Schulen und an Universitäten. In keinem Land Europas ist der Bildungserfolg so abhängig von der sozialen Herkunft, wie in Deutschland. Dies muss sich dringend ändern.

DIE LINKE fordert, mit deutlichen Änderungen im Steuerrecht die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und umzukehren:

- die Einkommenssteuer sozial und gerecht reformieren, die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Grundprinzip machen;
- Personen und Familien mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen;
- den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben;
- Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz versteuern statt mit einer Pauschalsteuer von 25%;
- den Spitzensteuersatz auf 53% anheben;
- das Ehegattensplitting abschaffen;
- die Pendlerpauschale neu regeln: die Fahrtkosten unabhängig vom Verkehrsmittel anerkennen, auszahlen und mit dem Einkommen versteuern, damit niedrige Einkommen nicht länger benachteiligt werden;
- eine höhere Erbschaftssteuer realisieren: den Erbberechtigten einen einheitlichen Freibetrag in Höhe von 150.000 Euro gewähren; für Erbinnen und Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, für Kinder, hinterbliebene Ehegatten und für eine vom Vererbenden benannte Person (beispielsweise Lebenspartnerin oder Lebenspartner) diesen Freibetrag verdoppeln;
- die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern;
- eine Börsenumsatzsteuer einführen;
- den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent ausweiten auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks;

### 3. Wie wollen Sie Erscheinungen wirtschaftlicher und sozialer Stagnation in Berlin und in den neuen Bundesländern überwinden?

- Wie sollen der wirtschaftliche Rückstand Berlins und der neuen Bundesländer und die lang andauernden Ungleichheiten in der Einkommensentwicklung zwischen Ost und West überwunden werden?
- Welche Position beziehen Sie zu der Forderung, dass zur Herstellung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West ein Fahrplan für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost vorgelegt wird, um diese Angleichung in einem überschaubaren Zeitraum tatsächlich zu vollziehen?
- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in Zukunft mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleibt? Falls ja, durch welche konkreten politischen Maßnahmen?
- Mit welchen Maßnahmen soll die soziale Infrastruktur in den neuen Ländern entwickelt und auf sich vollziehende Veränderungen (strukturelle Mängel im Gesundheitswesen, Abwanderung, Geburtenrückgang etc.) eingestellt werden?
- Unterstützen Sie unsere Forderung, dass der Bundestag und das Land Berlin sich verstärkt für die Erhaltung von Produktionskapazitäten in Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Handwerk in der Stadt Berlin und im Umland einsetzen müssen?

20 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit gibt es noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Ostdeutschland spaltet sich zunehmend in einige wenige Wachstumsregionen und ganze Landstriche, in denen sich soziale, wirtschaftliche und demografische Probleme rasant verschärfen. Der »Aufbau Ost« wurde von den Bundesregierungen seit 1990 viel zu oft nur als ein »Nachbau West« betrieben, ohne vorhandene Potenziale zu nutzen und in Neues zu investieren. Im Osten Deutschlands sind so seit 1990 vielerorts zwar eine moderne Infrastruktur, sanierte und modernisierte Wohnungen sowie Naturschutz- und Erholungsgebiete entstanden, die wichtige Standortfaktoren für Ansiedlungen darstellen, doch an wesentlichen Voraussetzungen für eine gleichwertige Entwicklungsperspektive der ostdeutschen Länder fehlt es. Die Ausdünnung der Forschungslandschaft und anhaltende staatlich geförderte Lohnunterschiede sind dabei nur zwei Elemente.

Die Schere zwischen Ost und West bei Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft oder Einkommenslage klafft weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist fast flächendeckend doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Konjunktur hat vor allem der Niedriglohnssektor. Junge, qualifizierte Fachkräfte, darunter viele junge Frauen, wandern ab. Die Kinderarmut ist gerade im Osten erschreckend hoch. Mit dem Abschmelzen der Solidarpaktmittel und der Reduzierung der Fördermittel werden sich diese Entwicklungen noch verschärfen. Die Bundesregierung hat keine Strategie, wie der Osten trotz sinkender Wirtschaftskraft und zurückgehender Solidarpaktmittel weiter gefördert werden soll. Andererseits ist der Osten aus der Zeit vor und nach der Wende reich an positiven Erfahrungen, die bisher kaum genutzt werden, z. B. beim Stadtumbau, dem Ausbau Erneuerbarer Energien oder dem Einsatz von Gemeindeschwestern als Unterstützung für die flächendeckende ärztliche Versorgung. DIE LINKE hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West fest. Vordringlich ist zum ersten die Beseitigung aller Diskriminierungen, wie zum Beispiel die niedrigeren Rentenwerte in Ostdeutschland. Die LINKE fordert die Angleichung der ostdeutschen Löhne und Gehälter sowie der Renten an das westdeutsche Niveau. Wir setzen uns außerdem für eine sozial gerechte Überführung der DDR-Altersversorgung in das bundesrepublikanische Recht ein. Denn die bestehenden Regelungen bringen ganze Berufsgruppen um beträchtliche Teile ihrer Rentenansprüche. Zum zweiten wollen wir mehr gezielte Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Forschung. Alle speziellen Ost-Förderprogramme müssen erhalten bleiben. Eine gesonderte „Ost-Quote“ soll eine angemessene Berücksichtigung des Ostens an gesamtdeutschen Förderprogrammen sicherstellen. DIE LINKE fordert eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland, die alle Vorhaben einem „Ost-TÜV“ unterzieht. DIE LINKE wird den Förderbedarf strukturschwacher Regionen in Europa, darunter besonders in Ostdeutschland, weiterhin mit Nachdruck unterstreichen und sich dafür einsetzen, dass dies auch in Zukunft ein Grundanspruch an die Politik der Europäischen Union bleibt.

DIE LINKE hat bereits im Oktober 2007 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie die schnellstmögliche steuerfinanzierte Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert bis 2012 gefordert hat. Damit die Angleichung nicht zu Lasten anderer Gruppen geht, soll die Hochwertung der Löhne in Ostdeutschland erhalten bleiben.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder die tragende Säule der Alterssicherung werden. Dies ist zentrales rentenpolitisches Ziel der LINKEN. Wir wollen, dass die gesetzliche Rente wieder den erreichten Lebensstandard im Alter absichert und langjährige Beitragszahler/Innen Renten aus der GRV erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweisen. Dazu muss ein definiertes Sicherungsniveau gesetzlich festgeschrieben, die Kürzungsfaktoren müssen aus der Rentenformel entfernt und das Beitragssatzdogma muss aufgehoben werden.

#### **4. Wie wollen Sie eine zuverlässige Alterssicherung für heutige und kommende Rentnergenerationen sichern?**

**- Was wollen Sie tun, um den Generationenvertrag zu bewahren und die Finanzierung der gesetzlichen Renten im Interesse der zukünftigen Generationen langfristig zu sichern?**

**- Was wollen Sie tun, dass nicht ständig den über 20 Millionen Rentner/Innen mit Rentenkürzungen gedroht wird?**

**Unterstützen Sie den Vorschlag der jetzigen Koalition, Kürzungen bei den Rentenzahlungen gesetzlich zu unterbinden?**

**- Sind Sie trotz der hohen Arbeitslosigkeit und der Wirkungslosigkeit der Rente mit 67 für ein solches Rentenmodell?**

**- Unterstützen Sie die Forderung, Zeiten der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen und der Ausbildung besser zu bewerten und verstärkt als rentensteigernd anzurechnen?**

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen müssen wieder Renten erhalten, die einen deutlichen Abstand zur „Grundsicherung im Alter“ aufweisen. Dazu müssen sämtliche Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen werden. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und darüber lehnen wir ab, weil sie für die meisten Betroffenen zu hohen Abschlägen führen wird und deswegen nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten bewirkt wird. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen.

Die gesetzliche Rente soll in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen. Auch Selbständige, Beamte und Politikerinnen und Politiker sollen in sie einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir aufheben. Dadurch wird mehr Geld in die Rentenkasse eingezahlt, das dann gerechter verteilt werden kann. Dieser Solidarausgleich soll erweitert werden, damit Phasen der Erwerbslosigkeit oder Kinderbetreuung und niedrige Löhne nicht in die Altersarmut führen.

DIE LINKE lehnt die Rente ab 67 ab und fordert stattdessen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir wollen eine Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit und einen verbesserten und abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten, damit Menschen sozial verträglich in den Ruhestand gehen können.

DIE LINKE will, dass auch für Kinder, die vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden, drei Erziehungsjahre in der Rente berücksichtigt werden. Außerdem will sie die Rentenanwartschaften von Pflegenden verbessern. Der Vorschlag der BAGSO wäre zu prüfen. Allerdings muss dafür Sorge getragen werden, dass dadurch keine zu starken Anreize zur Nichterwerbstätigkeit (insbesondere von Frauen) gesetzt werden. Denn eine gute Arbeit mit guten Rentenanwartschaften ist nach wie vor der beste Schutz gegen Altersarmut.

#### **5. Was wollen Sie für eine bessere gesundheitliche Versorgung der Menschen tun?**

**- Seit über 10 Jahren warten wir auf die Verabschiedung eines „Patientenschutzgesetzes“ durch den Deutschen Bundestag.**

**Wie unterstützt Ihre Partei das längst überfällige Gesetz?**

**– Wie stehen Sie zu Forderungen, die gesetzliche Krankenversicherung durch eine solidarische Finanzierung zu stärken, an der sich alle Bürger mit allen Einkünften**

**entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligen?.**

**- Betrachten Sie den "Gesundheitsfonds" als solidarisches Instrument oder als weiteres Mittel zur Stärkung der privaten Krankenversicherung auf Kosten der Steuerzahler?**

**– Sind Sie bereit, für chronisch Kranke und sozial besonders Benachteiligte (z. B. Empfänger von Grundsicherungsleistungen, Pflegebedürftige in Heimen, Obdachlose, Suchtkranke) wieder Härtefallregelungen einzuführen?**

**- Wie wollen Sie die gesetzliche Pflegeversicherung weiter reformieren, um für eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen eine menschenwürdige, ganzheitliche Pflege zu gewährleisten und auch der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen?**

Seit Januar 2009 gilt der Gesundheitsfonds. Die Krankenversicherung wird damit aber nicht auf gesunde Beine gestellt. Auch hier gilt wieder: die Versicherten werden zusätzlich belastet, die Arbeitgeber entlastet. Der finanzielle Druck auf Ärzte und Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit die Unsicherheit bei den Patienten, ob sie die medizinisch notwendige Versorgung erhalten. Das wird sich erst ändern, wenn der Grundsatz gilt, dass ein gutes Gesundheitssystem die medizinisch gebotenen Leistungen finanziell absichern muss. Die Einnahmen müssen sich an den Ausgaben orientieren. Und die Einnahmen müssen sozial gerecht erhoben werden: von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern; und auch als Beitrag sowohl vom Lohn als auch vom Vermögenseinkommen.

Sämtliche Bundesregierungen haben seit Einführung der sozialen Pflegeversicherung (SPV) - wie auch bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung - stets einer Beitragssatzstabilität den Vorrang vor einer Bedarfsorientierung eingeräumt. In der Konsequenz sind die Leistungen der SPV als Kernsicherung konzipiert, eine Deckung des Bedarfs ist nicht vorgesehen. Selbst die Dynamisierung der Leistungen ist nur im Rahmen des gültigen Beitragssatzes durch Rechtsverordnung der Bundesregierung möglich. Verschärft wird die fehlende Bedarfsdeckung zudem aus dem engen Pflegebegriff, der dem Gesetz zu Grunde liegt.

Die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, ist umso höher, je geringer das Einkommen und der Bildungsstand der Betroffenen sind. Insofern spiegelt sich in der Inanspruchnahme von Pflegeleistungen die Chancenungleichheit unserer Gesellschaft wieder. Die Beschneidung der Leistungen trifft diejenigen, die nicht in der Lage sind, über die von der Pflegeversicherung gewährten Leistungen zusätzliche Pflege zu bezahlen, besonders hart.

Im Vordergrund einer Reform der Pflegeversicherung muss ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben der Pflegebedürftigen stehen. Diese Leistungen müssen professionell und qualitätsgesichert erbracht werden. Ebenfalls muss der Kreis der Anspruchsberechtigten, etwa um die Demenzzkranken, erweitert werden.

Um flächendeckend alternative Angebote zur stationären Versorgung zu sichern, müssen ambulante Versorgungsformen wie etwa Wohngemeinschaften mit ergänzenden Serviceangeboten stärker gefördert werden, die den sich ändernden Lebensrealitäten und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen. Die Anforderungen an die Qualität, an die erforderlichen Pflegestrukturen und das Leistungsniveau machen die Finanzierung der Pflegeversicherung zu einer Schlüsselfrage für eine humane Pflege. Gegenwärtig liegt das Hauptproblem - wie bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) - auf der Einnahmeseite der SPV. Das hohe Niveau der Erwerbslosigkeit sowie der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung - u. a. durch Mini- und Midi-Jobs - machen sich hier ebenso bemerkbar wie die unzureichende Lohnentwicklung und die Nullrunden bei der Rentenversicherung. Durch die Pflegeversicherung konnten die privaten Pflegekassen, Tochterunternehmen der privaten Krankenversicherungen, auch in dieser Sparte die so genannten „guten Risiken“ herauspicken und dementsprechend in diesem Segment jährliche Rücklagen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bilden.

Insofern hält DIE LINKE es für unabdingbar, gesetzliche und private Pflegeversicherung nach dem Modell der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung zusammenzuführen. Dazu müssen auch bei der Beitragsbemessung alle Einkommensarten zur Berechnung herangezogen werden. Für die lohnabhängigen Beitragsteile fordert DIE LINKE die paritätische Finanzierung durch Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

DIE LINKE hat als einzige Fraktion des Deutschen Bundestages in dieser Legislatur beantragt,

- die Praxisgebühr abzuschaffen,
- Zuzahlungen zumindest wieder mit der alten Härtefallregelung abzumildern,

- alle Zuzahlungen abzuschaffen,
- eine Bürgerversicherung für die medizinische und pflegerische Versorgung einzuführen,
- die wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten und Hausärztinnen, Apotheken und Krankenhäusern zu gewährleisten und
- einen umfassenden Pflegebegriff zur Grundlage einer Neufassung der Pflegeversicherung zu machen.

Diese sozial verantwortliche Politik wollen wir in den kommenden vier Jahren fortsetzen.

## **6. Erhalt von Selbständigkeit und Lebensqualität**

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist der Erhalt der Selbständigkeit im Alter, gerade auch bei Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Dies erfordert ein funktionierendes und für alle Menschen bezahlbares Gesundheitswesen, eine am Menschen orientierte Pflege sowie eine gute hauswirtschaftliche Versorgung.

- **Mit welchen konkreten politischen Maßnahmen plant Ihre Partei die Möglichkeiten eines selbständigen Wohnens bis ins hohe Alter zu erweitern? In welchem Umfang sollen neue Wohnformen, die eine Alternative zum Heim darstellen, staatlich gefördert werden?**
- **Plant Ihre Partei die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes? Falls ja, inwieweit werden dabei die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen, etwa im Bereich der Tertiärprävention, berücksichtigt?**
- **Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die geriatrischen und gerontopsychiatrischen Kenntnisse bei Ärzten und medizinischem Personal zu verbessern?**

Insbesondere unsere Forderungen zur Pflegeversicherung und hier vor allem die Abkehr vom verrichtungsbezogenen Pflegebegriff, der Stärkung der ambulanten Pflege und Assistenz wie auch eine erhebliche Leistungsanhebung sind geeignet, den Menschen ein Leben in ihrem bisherigen Umfeld auch im hohen Alter weiter zu ermöglichen. Alternative Wohnformen erweitern die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens. Wir befürworten gezielte Förderungen sinnvoller Projekte, nicht jedoch eine pauschale und undifferenzierte Förderung.

Ein Präventionsgesetz ist dringend erforderlich. Nur so kann endlich eine funktionsfähige, flächendeckende Infrastruktur für eine wirksame Präventionspolitik geschaffen werden. Gesundheitsförderung und Prävention können dazu beitragen, Krankheiten zu verhindern bzw. hinauszuzögern. Deshalb sollte Gesundheitsförderung von jung bis alt organisiert werden, damit sie den besonderen Bedürfnissen aller Zielgruppen gerecht wird. Bewährte Konzepte müssen im Lebensumfeld der Menschen verankert werden.

Die Geriatrie muss bereits in der medizinischen Ausbildung eine größere Rolle spielen. Jede Facharztprüfung muss das Wissen um die veränderten Voraussetzungen bei der Behandlung älterer Patienten abfragen. Regelmäßige Weiterbildungen können helfen, neue Erkenntnisse für die tägliche Praxis zu erhalten.

DIE LINKE fordert einen Ausbau der ambulanten und stationären Betreuung von Todkranken. Hierzu müssen extrabudgetäre Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Hospizbewegung braucht dringend weitere strukturelle, finanzielle und mediale Unterstützung.

## **7. Wie wollen Sie die Mitwirkung älterer Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben fördern?**

- **Wie stehen Sie zur gesetzlichen Verankerung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Seniorenvertretung?**
- **Wie soll die Mitwirkung und Mitbestimmung der Senioren bei den für sie wichtigen Fragen auch auf Bundesebene gestärkt werden (Vorbild des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes für andere Bundesländer)?**
- **Wie wollen Sie sich dafür engagieren, dass das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz mit Leben erfüllt wird?**
- **Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, soziale Mitwirkung, Selbsthilfe und Ehrenamtlichkeit, vor allem älterer Menschen, nachhaltig zu fördern und abzusichern?**
- **Werden Sie sich für eine stabile finanzielle Absicherung der soziokulturellen Tätigkeit in Berlin einsetzen?**

DIE LINKE unterstützt Widerstand gegen jegliche Form von Altersdiskriminierung. Zu einer der grundlegenden Forderungen unserer Seniorenpolitik gehört es, dass auch ältere Menschen die Chance haben sollen, Politik in ihrem eigenen Interesse mitzugestalten und ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen, auch durch die parlamentarische Ausweitung der Rechte der Seniorenbeiräte und -vereinigungen.

DIE LINKE fordert, dass ältere Menschen:

- die Chance bekommen, Politik in ihrem eigenen Interesse mit zu gestalten und ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen. Dazu gehört für uns auch die Ausweitung der Rechte von Seniorenbeiräten und -vereinigungen.
- das Recht auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung und auf besonderen Mieterschutz haben. Auch im Alter stellen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ein hohes Gut dar und müssen durch ein ausreichendes Angebot an alternativen Wohnformen wie betreutem Wohnen oder Mehrgenerationenhäusern unterstützt werden,
- in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes aktiv mit einbezogen werden, damit es auch ihren kulturellen und sportlichen Interessen und ihrem Bedürfnis nach Kontakten entspricht,
- gleichberechtigten, kostenlosen und diskriminierungsfreien Zugang zu allen medizinischen Leistungen haben müssen,
- bei eintretender Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit ein bedarfs-, flächen- und -qualitätsdeckendes Angebot vorfinden. Seniorinnen und Senioren haben das Recht auf eine kompetente Unterstützung und Assistenzleistungen bei der Bewältigung des Alltags, die ihre Eigenverantwortung schützen und stärken.

In der Politik sind Seniorinnen und Senioren deutlich stärker einzubeziehen. In Kommunen muss ein Mitspracherecht in Gemeinderatssitzungen und Arbeitskreisen selbstverständlich werden. Politische Qualifizierungsangebote sind mit Unterstützung von Bund und Ländern zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE tritt dafür ein, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, um auf allen parlamentarischen Ebenen, auch und vor allem in den Kommunen selbst gewählte Seniorenvertretungen bilden zu können und ihnen Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht zu gewähren. Auf Bundes- und Landesebene fordern wir Seniorenmitwirkungsgesetze. Eine Beteiligung älterer Menschen kann auch forciert werden durch regelmäßig tagende Altenparlamente:

Teilhabe an der Gesellschaft setzt immer auch ein angemessenes Bildungsangebot voraus. Dabei müssen verstärkt allein lebende Ältere mit unterdurchschnittlichen Einkommen in den Blick genommen werden. Bildungsangebote, beispielsweise an Volkshochschulen, sind für sie auch zu ermäßigten Preisen unbezahlbar. Hier muss die Politik eine solidarische Lösung finden, damit die Betroffenen nicht in die Isolation geraten. Es fehlt auch an Kontakt- und Begegnungszentren sowie aufsuchenden Hilfen. Selbsthilfevereine, die sich auf diesem Gebiet stark machen, müssen mehr Förderung erhalten.

DIE LINKE tritt dafür ein, eine Kultur des Lernens für alle zu schaffen, in der das lebenslange Lernen der Schlüssel für persönlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist.

Um die Teilhabe älterer Menschen an der Gesellschaft nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern, eröffnen Ehrenämter nach wie vor viele Kontaktmöglichkeiten. Die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, wie Qualifizierung und Versicherungsschutz, sind unbürokratisch zu gestalten. Die Bereitschaft der Seniorinnen und Senioren zu freiwilliger Tätigkeit darf aber nicht dazu missbraucht werden, Arbeitsplätze zu ersetzen und Lücken zu schließen, die durch unzureichende öffentliche Daseinsvorsorge entstehen. Altersdiskriminierung, wie sie etwa in der Finanzwirtschaft-(z.B. bei der Kreditvergabe) betrieben wird, ist strikt zu bekämpfen. Wir fordern eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Zu schützen sind insbesondere die Rechte und Interessen älterer Frauen.

## **8 . Politische und gesellschaftliche Teilhabe**

Die Herausforderungen des demografischen Wandels können nur gemeinsam mit den älteren Generationen bewältigt werden. Dies betrifft nicht nur das Arbeitsleben, sondern auch den politischen und gesellschaftlichen Bereich. Viele ältere Menschen sind bereit, mehr Verantwortung in Politik und Gesellschaft zu übernehmen.

**- Plant Ihre Partei konkrete Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern? In welchem Umfang werden insbesondere die Qualifizierung und die Begleitung von Menschen gefördert, die sich ehrenamtlich in der Betreuung von Pflegebedürftigen engagieren?**

**- das Engagement älterer Menschen mit Behinderungen sowie älterer Menschen mit Migrationshintergrund abgebaut werden?**

**- Inwieweit können Organisationen, in denen sich ältere Menschen für soziale und gesellschaftliche Anliegen freiwillig engagieren, auf öffentliche Förderung verlassen?**

**- Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung von Altersgrenzen im politischen und gesellschaftlichen Bereich einsetzen? Welche konkreten politischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters (z. B. beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen) wirksamer zu bekämpfen?**

Im Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ (Drs. 16/5245) wird u.a. aufgeführt: Förderung der Anerkennungskultur (regelmäßige Berichterstattung in Medien etc.), Ausbau des Versicherungsschutzes, kostenlose Qualifizierungskurse, Erstattung tatsächlicher Aufwendungen (im Pflegebereich: u.a. Schulung und Fortbildung, Festlegung von Qualitätsstandards, Entschädigungen). Wir unterstützen Engagierte, kritisieren aber die Ersetzung qualifizierter, regulärer Arbeitsplätze durch bürgerschaftliches Engagement.

DIE LINKE fordert:

- rechtliche, finanzielle, versicherungstechnische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit verbessern;
- Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendung erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anrechnen;
- Möglichkeiten zum Erproben und zur kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Engagementfeldern fördern.

Wichtig ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie von Migrantinnen; allen muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden: u.a. durch ausreichende finanzielle Ressourcen, Barrierefreiheit, Sprachunterstützung, Beratungsangebote, gleichberechtigte Mitsprache und –wirkung, Förderung von Kultursensibilität, Vernetzung lokaler Akteure: Migrantin- und Behindertenorganisationen und Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen.

DIE LINKE kritisiert die stetige Kürzung öffentlicher Mittel für gemeinnützige, soziale Zwecke und Vereine. Projektförderung hat institutionelle Förderung abgelöst und damit Organisationen finanziellen Spielraum und Planungssicherheit entzogen. Anstatt öffentliche Daseinsvorsorge und Förderung weiter abzubauen, fordern wir u.a. den Ausbau öffentlich finanzierter Beschäftigung.

Starre Altersgrenzen sehen wir skeptisch. Allerdings kann bspw. das Wahlalter nicht beliebig abgesenkt werden. Auch gibt es Tätigkeiten mit besonderer Verantwortung oder mit einem hohen Risiko für andere Menschen. Hier sind individuelle Leistungsnachweise erforderlich. Wir kämpfen gegen Rationierungen im Gesundheitssystem, insbesondere wenn das Lebensalter ein Kriterium dafür sein soll.

Eine verbindliche altersgemäß quotierte Besetzung von Ämtern und Gremien halten wir für problematisch. Dies würde gerade für Ältere eher als Diskriminierung wirken, da in der Politik eher junge Menschen unterrepräsentiert sind. Auch würde dies mit dem Mindestalter des passiven Wahlrechts in Konflikt geraten. Daher haben wir hierzu keine parteiinterne Regelung.

